

KOMMUNALWAHL 2019

Wahlprogramm der Alternative für Deutschland (AfD) - Kreisverband Bad Kreuznach



Heimat, Sicherheit, Zukunft

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort.....	3
2. Sicherheit ist Lebensqualität	4
3. Mehr Wirtschaftsdynamik und Beschäftigung.....	5
4. Landwirtschaft, Wald und Weinbau.....	6
5. Haushalt und Finanzen – Ohne Moos nix los – Wer bestellt, der bezahlt.....	6
6. Verbesserung der Infrastruktur.....	8
7. Tourismus und Fremdenverkehr.....	8
8. Bürgerfreundliche Verwaltung.....	10
9. Bildung und Ausbildung.....	10
10. Hilfe für die wirklich Bedürftigen	12
11. Perspektive für die Jugend	12
12. Senioren – Mitten im Leben.....	13
13. Stärkung des ländlichen Raums	14
14. Migration	15
15. Asyl und Ausländer.....	15
16. Bürgerrechte.....	16



1. Vorwort

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Wählen und entscheiden Sie mit Ihrer Stimme, wer am **26.05.2019** die Zukunft unserer Heimat und Europas in den nächsten 5 Jahren mitgestalten darf. Kommunalpolitik ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Gemeinschaft. In der Kommune werden Entscheidungen getroffen, die Sie hautnah erfahren und beeinflussen können. Auf den kommenden Seiten stellen wir – der **AfD Kreisverband Bad Kreuznach** - Ihnen unser Programm vor, mit dem wir in den kommenden 5 Jahren für unseren attraktiven Landkreis Bad Kreuznach viel erreichen möchten. Dieses Programm hat alle Ebenen unserer Gesellschaft im Blick: Senioren und Kinder, Frauen und Männer, Arbeiter und Unternehmer, Schüler, Auszubildende und Studenten.

Viele Menschen haben an unserem Programm mitgewirkt. Sie alle stehen „Mitten im Leben und haben den Mut zur Veränderung“. Die Zeichen der Zukunft stehen insgesamt nicht gut für unser Land. Deutschland kann mehr! Unser Deutschland wird nicht von den richtigen Personen regiert. Dieses Problem bekommen Sie fast täglich durch die Berichterstattung der Medien präsentiert und erleben es im Alltag: Schwache konjunkturelle Entwicklung, geringes bis gar kein Wirtschaftswachstum, kommunale Verschuldung und hohes Haushaltsdefizit engen den Handlungsspielraum für Kreise und Kommunen bis zum totalen Stillstand ein , eine weiterhin täglich stattfindende illegale Einwanderung, der Anstieg körperlicher Gewalt gegen Bürger (insbesondere Frauen), Polizei und Rettungskräfte, Vernachlässigung von Investitionen in dringend benötigte innovative und bestehende Infrastruktur und noch viele Probleme mehr.

Wir – die **Alternative für Deutschland** – möchten erreichen, dass Sie hier vor Ort nicht die Suppe auslöffeln müssen. Wir engagieren uns, damit wir alle uns in unserer Heimatregion wohlfühlen können und eine gute Lebensperspektive haben.

Helfen Sie uns dabei. Bitte gehen Sie zur Wahl und geben Ihre Stimme der AfD im Landkreis Bad Kreuznach und bei der Europawahl.

Wir stehen für Heimat, Sicherheit und Zukunft!

Um Ihre Stimme bittet Sie ganz herzlich

Jürgen Klein

AfD-Kreisvorsitzender und Mitglied des Landtages in Rheinland-Pfalz

2. Sicherheit ist Lebensqualität

Sicherheit ist eine Aufgabe für die Kommunen und die Polizei

„Heimat“ bedeutet, sich in seinem vertrauten Umfeld sicher zu fühlen. Im Zusammenspiel zwischen kommunalen Ordnungsämtern und der Polizei wird die Sicherheit am Ort gewährleistet. Allerdings müssen wir feststellen, dass die Personaldecke der rheinland-pfälzischen Polizei so dünn ist, wie in kaum einem anderen Bundesland. Es kann und darf nicht sein, dass sich aus diesem Umstand heraus sogenannte „Bürgerwehren“ bilden, um etwas gegen die zunehmende Zahl von Straftaten zu tun. Wir brauchen stattdessen eine bürgernahe Polizei, die auf den Straßen und Plätzen präsent ist, wozu unter anderem der Einsatz von Fuß- und Fahrradstreifen gehört. Ferner müssen die Erkenntnisse der Polizei verstärkt in die öffentlichen Planungen einfließen, um bereits dabei die Weichen gegen die weitere Ausbreitung von Kriminalität richtig zu stellen. Wir brauchen eine engere Verzahnung von Polizei und kommunalem Vollzugsdienst. Dazu gehört auch eine noch stärkere Zusammenarbeit zwischen Bürgern, kommunalem Vollzugsdienst und der Polizei. Hierzu haben die bereits gebildeten kriminalpräventiven Räte auf örtlicher Ebene erste wichtige Ansätze geschaffen.

Feuerwehr und Rettungswesen stehen für Sicherheit:

Gefahrenabwehr ist nicht nur allein Sache der Polizei. Wir brauchen auch eine Stärkung von Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungswesen mit einer modernen Ausstattung, weil diese eine wertvolle Hilfe bei Gefahren leisten, die jeden von uns immer und überall treffen können. Diese Einrichtungen bedürfen auch in Zeiten knapper Kassen der finanziellen Unterstützung.

Unsere Sicherheit muss uns dies wert sein!

Auch Verbraucherschutz ist Sicherheit!

Die Bürger müssen darauf vertrauen können, dass das, was im wahrsten Sinne des Wortes auf den Tisch kommt, in Ordnung und frei von Mängeln ist. Stichworte wie BSE, Maul- und Klauenseuche und Schweinepest sind uns noch allen im Bewusstsein.

Deshalb müssen die kommunalen Verwaltungen in Zusammenarbeit mit den Fachbehörden des Landes weiterhin, mindestens aber im bisherigen Umfang, eine Prüfung unserer Erzeugnisse gewährleisten, was darüber hinaus auch die Qualität und damit den Absatz unserer heimischen Erzeugnisse sichert!

Die AfD ist die Partei, die für innere Sicherheit steht.

3. Mehr Wirtschaftsdynamik und Beschäftigung

Für die AfD hat die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Landkreis Bad Kreuznach einen hohen Stellenwert. Die überdurchschnittliche Arbeitslosenquote (6,0%) in unserem Landkreis zeigt, was 40 Jahre SPD- und CDU- Verantwortung auf Kreisebene hinterlassen hat. Wir richten unser kommunalpolitisches Engagement auf die Schaffung von Voraussetzungen, die diesen Trend zum Positiven verändern.

Dabei sind vor allem kommunale Initiativen zur Förderung mittelständischer Unternehmen von großer Bedeutung. Wir benötigen hier dezentrale Strukturen in den Gewerbegebieten unserer Region. Gerade hier haben Betriebe neue Chancen, die gesuchten wohnortnahen Arbeitsplätze zu schaffen, die für die Lebensqualität unserer Bürger von entscheidender Bedeutung sind. Wir wollen für Rahmenbedingungen sorgen, die bestehenden oder ansiedlungswilligen Betrieben eine vernünftige Basis und die notwendigen Entwicklungsmöglichkeiten bieten.

Förderung einer neuen Kultur der Selbständigkeit – Unternehmer und Existenzgründer sind unsere Baumeister bei dem Projekt, den westlichen Teil des Landkreises Bad Kreuznach von der Schlusslichtposition zur Wachstumsregion zu entwickeln. Die AfD steht zum Landkreis Bad Kreuznach, seinem Mittelstand, sowie seinen Bürgern.

Unsere Leitlinien lauten daher:

- Unterstützung von Unternehmensgründern
- Ausbau kommunaler Marketing-Initiativen und ein optimaler Informationsfluss zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung
- Abschaffung von bürokratischen Hürden und somit die Verkürzung der Genehmigungsdauer von Anträgen
- Bestandspflege angesiedelter Unternehmen und eine enge Kommunikation mit ihnen
- Nutzung bereits vorhandener und die bedarfsgerechte Ausweisung weiterer Gewerbeflächen in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden
- Schaffung von neuen Arbeitsplätzen durch Umsetzung schlüssiger Konzepte für die zivile Nachnutzung ehemaliger militärischer Flächen und Gebäuden
- professionelle Vermarktung unserer Standortvorteile wie z.B. niedrige Grundstückspreise, günstige Lebenshaltungskosten, mildes stabiles Klima
- und vorhandenes qualifiziertes Arbeitskräftepotential, umfassende Schulinfrastruktur
- Wie sieht es mit einer Senkung der Gewerbesteuer für Kleinunternehmer aus?
- Streichung der Grunderwerbssteuer
- Keine Erhöhung der Grundsteuer
- Abschaffung der Straßenausbaubeiträge
- Förderung von Industrieansiedlung
- Energiesicherheit ist Standortsicherheit für unsere Betriebe im Landkreis Bad Kreuznach

- Breitbandanbindungen für den ländlichen Raum

Zur Umsetzung dieser Vorhaben fordern wir, die AfD, die Schaffung einer professionellen Organisation zur Wirtschaftsförderung auf Kreisebene!

4. Landwirtschaft, Wald und Weinbau

Unsere Landschaft ist geprägt von Wald, Wiesen, Feldern und Weinbergen.

Landwirtschaft und Weinbau sind wichtige Säulen für unsere Gemeinden.

Dabei leisten Landwirte, Winzer und Forstwirte nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Ernährung von Mensch und Tier, sondern auch zur Erhaltung unserer Kulturlandschaft, die nicht zuletzt auch von vielen Gästen sehr geschätzt wird.

Der Nahwein ist durch seine vielseitigen Böden weit über die Landesgrenzen beliebt und erfolgreich. Leider verschwinden immer mehr Weinbau- und Landwirtschaftsbetriebe, weil die Erträge oftmals nicht mehr ausreichen, um die Kosten zu decken, insbesondere bei Betrieben, die auf Molkereien oder Genossenschaften angewiesen sind.

Daher setzen wir uns ein für:

- Den Erhalt einer möglichst großen Zahl von landwirtschaftlichen Familienbetrieben durch Unterstützung bei Planung und Aufbau weiterer Erwerbsmöglichkeiten (Vermarktung heimischer Produkte)
- Förderung von regionaler Direktvermarktung
- Den Erhalt von Dorfläden mit heimischen Produkten
- Kürzere Transportwege aus Gründen des Tierwohls und der Umwelt
- Erhalt der Imkerei und Hobbyimkerei

5. Haushalt und Finanzen – Ohne Moos nix los – Wer bestellt, der bezahlt

Die Finanznot der Kommunen hat einen so dramatischen Stand erreicht, dass das im Artikel 28 Abs. 2 des Grundgesetzes und Artikel 49 der Landesverfassung garantierte Recht auf Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden faktisch außer Kraft gesetzt ist. Diese kommunale Selbstverwaltung durch direkt gewählte Bürger ist ein hohes Gut in unserer Demokratie, weil hier die Auswirkungen von Entscheidungen für jedermann leicht erkennbar und nachvollziehbar sind.

Wird diese kommunale Selbstverwaltung durch die Aushöhlung der Finanzen abgeschafft, schwächt dies die Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement in der Kommunalpolitik und fördert die Politikverdrossenheit. Wer nur noch auszuführen hat und nicht mitentscheiden und gestalten darf, wird sich mittelfristig einer derart gestalteten Gesellschaft durch Passivität verweigern.

Immer häufiger werden Aufgaben von oben nach unten verlagert, ohne die entsprechenden Finanzmittel bereitzustellen (Grundsicherungsgesetz, Schüler-beförderung, Kindergartenplätze, usw.). Selbst die notwendigen Pflichtaufgaben können nicht mehr solide bezahlt, sondern müssen auf Pump und zu Lasten der nächsten Generation finanziert werden. Eine Generation, die durch die Struktur in unserer Gesellschaft zukünftig vor kaum lösbaren Aufgaben steht, ist damit völlig überfordert.

Dies ist das Ergebnis einer seit Jahren andauernden immer zentralistischeren, kommunalfeindlichen Politik des Landes und des Bundes.

Daher lautet unsere Zielsetzung:

Schluss mit der Finanzierung von Wahlversprechen und von wünschenswerten Investitionen zu Lasten unserer Kinder. Die Kommunen müssen endlich wieder die Verantwortung für ihre Selbstverwaltungsaufgaben zurückerhalten.

Voraussetzungen:

Neben der Verringerung der Einnahmen durch die gescheiterte Wirtschafts- und Steuerpolitik der Bundesregierung sind eine Reihe anderer Faktoren für die katastrophale Entwicklung der kommunalen Finanzen verantwortlich

Deshalb sind folgende konkrete Maßnahmen umgehend zu verwirklichen:

- Umsetzung einer wirkungsvollen Gemeindefinanzreform. Die Städte und Kommunen müssen einen größeren Anteil vom Gesamteinkommen der öffentlichen Hand erhalten
- Die Finanzmittel des Bundes müssen in vollem Umfang durch das Land an die Kommunen weitergeleitet werden. Überregionale prestigeträchtige Bauvorhaben des Landes dürfen nicht zu Lasten der Kommunen finanziert werden
- Bei Investitionsentscheidungen muss stets das Machbare vor dem Wünschenswerten Vorrang haben. Dabei muss der kritischen Betrachtung von Folgekosten eine besondere Bedeutung zukommen
- Nach der mittelfristigen Finanzplanung wird in den nächsten Jahren mit einem Anstieg der Schulden des Kreises Bad Kreuznach auf mindestens 180 Mio. Euro gerechnet. Deshalb ist eine verantwortungsvolle und solide Haushaltspolitik zwingend erforderlich
- Die Optimierung der Geschäftsabläufe auf allen Verwaltungsebenen muss konsequent umgesetzt werden. Das Prinzip der Eigenverantwortlichkeit ist zu stärken. Einsparmöglichkeiten, etwa durch sinnvolle Bündelung von Aufgaben, müssen spürbar umgesetzt werden

6. Verbesserung der Infrastruktur

Die Ansiedlung neuer Unternehmen und konkurrenzfähige Arbeitsplätze setzen vor allem ein engmaschiges Verkehrsnetz voraus. Gerade der Landkreis Bad Kreuznach bietet von seiner geographischen Lage eine optimale Ausgangsposition.

Wir setzen uns ein für:

- Vierspurigen Ausbau der B 41 mit kreuzungsfreien Anbindungen
- Ausbau und Erschließung unseres westlichen Landkreises als Wohngebiet für die sich anschließenden Ballungsräume (Rhein-Main, Rhein-Neckar, Köln-Bonn, Saar-Lux)
- Bessere und bezahlbare Anbindung des ÖPNV an das Rhein-Main-Gebiet, zB ein bedarfsgerechter optimierter Linienverkehr
- 6-spuriger Ausbau der A 61 und verstärkter Lärmschutz von der B 41 bis zur B 50
- Bessere Anbindung des Raumes Meisenheim an die B 41 (Nordpfalz, Hunsrück, Soonwald)
- Eine deutlich verbesserte Straßenunterhaltung im Landkreis Bad Kreuznach
- Beseitigung von Investitionsstaus bei Straßen und Brücken

7. Tourismus und Fremdenverkehr

Tourismus und Fremdenverkehr sind wichtige Standbeine für unsere mit natürlicher Schönheit gesegnete Region. Sie stellen eine wichtige Möglichkeit dar, wegbrechende Wirtschaftskraft aufzufangen, deren Ursache zu Firmenschließungen und damit dem Wegfall von Arbeitsplätzen führt.

Die Römer prägten mit dem Import des Weines und dessen Kultivierung unserer landwirtschaftliches Erscheinungsbild bis zum heutigen Tag. Gut erkennbare steinerne Zeugen dokumentieren die geschichtlichen Durchgangslager konkurrierender Mächte über die Jahrhunderte. Kelten, Römer, Merowinger und Franken waren hier zuhause und formten einen kulturellen, historisch abendländischen Schmelztiegel, den es zu bewahren und verteidigen gilt.

Die Tourismus- und Fremdenverkehrswirtschaft ist im Kontext mit Weinbau, Gastronomie und Landwirtschaft weiter zu entwickeln. Unsere Region liegt noch immer im „Dornröschenschlaf“. Die Voraussetzungen sind prinzipiell gut, um uns am Markt gegenüber den Konkurrenten aus allen Teilen Deutschlands zu behaupten. Eine schöne Landschaft alleine reicht nicht, die haben andere auch. Wir werden unsere Vorzüge besser vermarkten müssen.

Die Ansätze hierfür sind gut:

Neben der Kur boomt die Wellness! Diesem Trend folgt man im Landkreis bereits. Schon vorhandene Publikumsmagneten wie bspw. Draisinentouren, Barfußpfad und

Freilichtmuseum in Bad Sobernheim müssen noch bekannter werden. Die Werbung nach außen und innen ist zu verbessern. Insbesondere müssen unsere Standorttrümpfe in den Ballungsgebieten vor unserer Haustür (im Rhein-Main-Gebiet, im Köln-Bonner Raum, im Rhein-Neckar-Raum, im Saar-Lohr-Lux-Raum) und im benachbarten Ausland wirksamer vorgestellt werden.

Die Kooperation mit den Partnern am Mittelrhein und der angrenzenden Nordpfälzer Berglandschaft sowie der Rhein Hessischen Schweiz als kreisüberschneidende geschichtsträchtige Regionen ist zu intensivieren. Das Weltkulturerbe ist mit seinen Synergien für die Tourismuswirtschaft im Naheland zu nutzen. Kunst und Kultur bieten Einmaliges (z.B. Disibodenberg, Kyrburg, Römerhalle). Sportliche Aktivitäten wie Radfahren, Mountainbiking, Kanufahren, Klettern, Nordic-Walking und Reiten sind bei uns hervorragend möglich, jedoch bisher wenig verbreitet.

Die Werbung nach innen muss auch verdeutlichen, wie wichtig Tourismus und Fremdenverkehr für die Region und ihre Bürger sind. Nicht nur die Leistungsträger, wie Gastronomie und Hotellerie, sind für die Gäste wichtig. Ein touristisches Wir-Gefühl muss ebenfalls aufgebaut werden.

Alle Bürger sollten sich mit unserer Heimat als hervorragendes Urlaubs- und Erholungsgebiet identifizieren, in dem alle Gäste willkommen sind.

Um Einheimischen das Wir-Gefühl und Gästen die Region näher zu bringen, fordern wir die Einführung einer Nahe-Card, die z. B. Vergünstigungen bei Eintrittspreisen bieten würde.

Für viele Touristen und Besucher sind die schönen Landschaften im Kreis Bad Kreuznach immer eine Reise wert. Deswegen müssen Stadt und Kreis deutlich mehr zur Förderung des Fremdenverkehrs beitragen:

- Gewährleistung der Erreichbarkeit aller 118 kreisansässigen Gemeinden durch öffentliche Verkehrsmittel im zwei Stundentakt
- Effizienter Informationsfluss touristischer Angebote und Sehenswürdigkeiten im Kreis und den benachbarten Kreisgebieten
- Im touristischen Gewerbe tätigen Betrieben mehr interstädtische kommunale Unterstützung angedeihen lassen, anstelle Schließung von Parks und öffentlichen Plätzen sowie gnadenloser Abzocke auswärtiger Autofahrer. Stattdessen sollten kostenlose Parkberechtigungs-Ausweise für alle öffentlichen Parkangebote für die ersten drei Aufenthaltstage durch die Touristik-Information ausgehändigt werden.
- Seit der sogenannten Energiewende werden unsere Wälder und Erholungsgebiete allerdings durch Windkraftanlagen immer weiter verschandelt. Wir wollen diese unsägliche Zerstörung unserer Landschaften umgehend beenden.

8. Bürgerfreundliche Verwaltung

Wir, die AfD, wollen die Bürgerfreundlichkeit der kommunalen Verwaltung weiter stärken und Verwaltungswege vereinfachen. Wir brauchen die Partnerschaft der Bürger auf der einen und der Verwaltung auf der anderen Seite. Unsere Kommunen müssen moderne Dienstleistungseinrichtungen sein, die für die Menschen da sind und auf die Menschen eingehen, um ihnen in ihren unterschiedlichen Lebenssituationen zu helfen, kundenorientiert und leistungsstark! Hierzu gehören neben bürgerfreundlichen Öffnungszeiten auch kompetente Ansprechpartner in der Verwaltung.

Die AfD fordert daher verstärkt die Einrichtung von Bürgerbüros, in denen kompetente Mitarbeiter der Verwaltung den Bürgern unnötige Wege in der Verwaltung abnehmen und bereits eine Vielzahl von Anliegen direkt erledigen können.

Ergänzend hierzu muss die Verwaltung noch deutlicher alle Möglichkeiten nutzen, um moderne Kommunikationstechniken im Dialog mit den Bürgern einzusetzen. Dabei geht es vor allem darum, den Bürgern die Kommunikation mit der Verwaltung zu erleichtern und Behördengänge zu ersparen. Hierzu zählen nach unserer Ansicht neben dem üblichen Weg die Möglichkeiten der elektronischen Post (E-Mail), der Zugang zum Internet und ein Ausbau von elektronischen Wegweisern. Gleichzeitig muss die elektronische Dienstleistung weiter ausgebaut werden (vom Bauantrag bis zu Gaststätten-Konzession). Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist die zwischenzeitlich rechtlich anerkannte „elektronische“ Signatur, die für viele Fachverfahren eine zwingende Voraussetzung darstellt. Im Rahmen eines solchen modernen „E-Government“ sollten neben den entsprechenden Formularen auch die kommunalen Vorschriften, Satzungen, Bekanntmachungen und Bebauungspläne im Internet veröffentlicht werden.

Weitere Zentralisierungen sollten möglichst vermieden werden. Gebietsreformen sollten nur mit Zustimmung der betroffenen Bevölkerungen durchgeführt werden.

9. Bildung und Ausbildung

Um weiterhin im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, sind wir auf gut ausgebildete Kinder und Jugendliche als wichtigstes Zukunftskapital unserer Gesellschaft angewiesen. Der Ausbau des vorhandenen Schulsystems, methodisch-didaktisch und inhaltlich reformiert, insbesondere am Rande des Ballungsraumes Rhein-Nahe, stellt einen wichtigen Standortvorteil für unsere Region dar.

Wir setzen uns ein für:

- Kinder mit Migrationshintergrund müssen schnellstmöglich die deutsche Sprache erlernen. Bereits im Kindergarten müssen entsprechende Förderprogramme aufgelegt werden.
- Die Schulen müssen von der Grundschule bis zur Berufsschule praxisgerecht gestaltet und zeitgemäß ausgestattet werden
- Mehr finanzielle Mittel für die Sanierung von Schulen und Sporthallen
- Das Angebot der Ganztagschulen muss überprüft werden. Dabei ist es wichtig, nicht nur eine reine Betreuung anzubieten, sondern die Förderung von Begabungen der Kinder in den Vordergrund zu stellen
- Lehrer, Eltern und Schüler müssen stärker über die sich ausbreitende Gewalt und Drogenmissbrauch in unserer Gesellschaft aufgeklärt werden.
- Es müssen, an allen Grundschulen im Kreis, die gleichen Lehrmittel verwendet werden
- Wir bekennen uns zum dualen Ausbildungssystem, um eine praxisorientierte Ausbildung der Jugendlichen zu gewährleisten
- Die staatlichen Rahmenbedingungen für die ausbildenden Betriebe müssen verbessert werden. Eine Ausbildungsabgabe ist kontraproduktiv. Im Rahmen der Wirtschaftsförderung muss verstärkt auf die Ansiedlung von Betrieben geachtet werden, die auch Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen
- Fort- und Weiterbildungsangebote für Jugendliche und Erwachsene der anerkannten Organisationen (zB: IHK, HWK) sollten nach bestimmten Qualitätskriterien vom Kreis deutlich gefördert werden
- Bezuschussung der Schülerbeförderung auch in der Oberstufe
- Fahrtkosten sollten auch nach der 10. Klasse kein Loch in das Budget der arbeitenden Bevölkerung reißen. Unsere hart arbeitenden Bürger müssen die zweithöchste Abgabenlast der ganzen Welt tragen. Da sollte doch für die Buskarte in der Oberstufe im Steuertopf noch etwas übrig sein.
- Erhaltung wohnortnaher Grundschulen
- So wird das Zusammengehörigkeitsgefühl in den Gemeinden gestärkt und ganz nebenbei durch den Wegfall der Schülerbeförderung auch noch die Umwelt geschont.
- Grundschulen und Kindergärten sollten nicht digitalisiert werden: Die motorischen Fähigkeiten nehmen heutzutage mangels Bewegung in der Kindheit stetig ab und behindern so die Vernetzung der Gehirnhälften, schon durch handschriftliche Aufzeichnungen entstehen neue Synapsen, die sich später positiv auf die geistige Entwicklung auswirken. Außerdem fördert Bewegung in jungen Jahren einen stabileren Knochenbau. Ärzte warnen schon heute vor einem massiven Anstieg von Arthrosefällen in der Zukunft durch mangelnde Bewegung in der Kindheit. Die Augen sind auf eine digitale Welt nicht ausgelegt und sollten in jungen Jahren nicht auch noch in Kindergärten und Grundschulen überlastet werden. Schon jetzt kann man einen deutlichen Anstieg an Fehlsichtigkeit bereits im Kindesalter beobachten.
- Kostenlose Schulbuchausleihe für jeden, das sollte eine Selbstverständlichkeit sein, in einem Land, das auf hochqualifizierte Arbeitskräfte angewiesen ist.

10. Hilfe für die wirklich Bedürftigen

Die Zahl der Bedürftigen nimmt auch in unserem Landkreis zu. Die Ausgaben im Sozialbereich steigen ständig. Aber nicht immer kommt das Geld bei den wirklich Bedürftigen an.

Deshalb fordern wir:

- Missbrauch von staatlicher Hilfe muss noch stärker als bisher bekämpft und bestraft werden
- Weiterer Ausbau des Programms „Arbeit statt Sozialhilfe“
- Gemeinnützige Arbeit für Sozialhilfeempfänger, nach deren Eignungen darf kein Tabu sein. Wer sich verweigert, hat finanzielle Einbußen hinzunehmen
- Modernisierung der Seniorenheime – um der Würde des Alters willen
- Ausschließlich zielgerichtete Verwendung der vom Land zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel
- Rahmenbedingungen für Wohnbaugesellschaften, um ihrer sozialen Verantwortung Rechnung zu tragen

11. Perspektive für die Jugend

In unserem Landkreis herrscht ein Mangel an attraktiven und qualifizierten Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Die **Jugendarbeitslosenquote** ist in Deutschland mit 4,4% verbesserungswürdig aber im Vergleich mit den anderen EU Ländern gering, der Landkreis Bad Kreuznach liegt mit 5,9% **Jugendarbeitslosenquote** 1,5% Punkte über dem Bundesdurchschnitt und sogar 1,8% Punkte über dem Landesdurchschnitt von 4,1%, das ist nach Meinung der AfD Bad Kreuznach zu hoch und bedarf Korrekturen und einiger Anstrengungen. Diese Situation führt bei jungen Menschen zu Existenz- und Zukunftsängsten. Eine solche Entwicklung muss gerade uns als Kommunalpolitiker vorrangig interessieren. Schließlich hängt die Zukunft unseres Landkreises auch von unseren jungen Menschen ab.

Die Intention **am Verbleib in unserer Heimatregion** ist mehr zu wecken. Es muss möglich sein, in unserer Heimat nicht nur zu leben, sondern auch zu arbeiten. Dazu muss unsere Region den Bedürfnissen junger Menschen entsprechen. Die AfD setzt sich für die Perspektiven junger Menschen im Landkreis Bad Kreuznach weiter intensiv ein. Dazu gehören:

- eine stärkere Förderung von Existenzgründern
- die Verbesserung der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung
- die Forderung nach einer Fachhochschule/Universität
- weiterer Ausbau des Programms „Arbeit statt Sozialhilfe“

- Weitere Unterstützung zur Schaffung von Ausbildungsplätzen, auch durch Unterstützung privater Initiativen zu punkt Bildung / Ausbildung

Die ehrenamtliche Tätigkeit im Jugendbereich bedarf weiterhin einer guten Förderung. Die Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten ist für die Stärkung des Selbstbewusstseins junger Menschen besonders wichtig. Sie erlernen, Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen, in der Gemeinschaft zusammen zu arbeiten und sammeln somit Erfahrungen für eine positive Lebensentwicklung.

Die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit in Sport-, Jugend- und Kulturvereinen und Kirchen müssen auch trotz knapper Kassen möglich sein. Die Entscheidung über Art und Umfang muss selbstverständlich vor Ort getroffen werden.

ÖPNV Angebote bedürfen einer Optimierung. Es muss bspw. an der Verbesserung des ÖPNV am Wochenende und in den Abendstunden gearbeitet werden.

Die Integration jugendlicher Ausländer und Aussiedler in Schulen und Vereinen ist ein gesellschaftspolitischer Kraftakt. Oft bewegen sich ausländische Jugendliche nur in ihrem eigenen Kulturkreis. Um die künftigen Generationen nicht noch mehr mit Parallelgesellschaften zu belasten, muss sich in unserer Gesellschaft ein Prozess des Umdenkens vollziehen. Dabei darf unter anderem die Steuerung von Zuwanderung nicht zu einem Tabu-Thema gemacht werden. Die Botschaft muss lauten:

Wer leistungsbereit ist, darf nicht der Leidtragende in der Gesellschaft sein.

12. Senioren – Mitten im Leben

Die Senioren stellen eine der größten Bevölkerungsgruppen dar, die in den kommenden Jahren noch weiter zunehmen wird.

Unsere Zielsetzung lautet:

Unsere älteren Mitbürger haben große Aufbauleistungen erbracht und den nachfolgenden Generationen beste Grundlagen in allen Lebensbereichen geschaffen. Wir schulden ihnen Dank und Anerkennung und wollen ihren spezifischen Anliegen gerecht werden.

Deshalb fordern wir:

- „Selbständig leben im Alter“ durch Beratung – und für Bedürftige finanzielle Förderung – beim altengerechten Bauen, Wohnen und bei der Wohnungsanpassung
- Ausbau der Maßnahmen „Betreutes Wohnen“ und Unterstützung der Heimträger bei notwendigen Renovierungen und Modernisierungen
- Betreuung Angehöriger würdigen

- Deutliche Ausweitungen der seniorenrechtlichen Weiterbildungsangebote bei allen Bildungsträgern
- Verstärkte Berücksichtigung des Sicherheitsbedürfnisses der älteren Menschen durch bessere Information und praktische Hinweise (z.B. Sicherung von Haus und Wohnung, Verhalten im Straßenverkehr)
- Seniorengerechte Angebote bei Erholung, Freizeit und Sport
- Berücksichtigung der Mobilität von Senioren bei der Organisation des öffentlichen Personennahverkehrs (Rollstuhlfahrer, Rollatoren)
- Pflege des Dialogs der Generationen – Jung und Alt an einem Tisch
- Fortschreibung und Umsetzung des sogenannten „Kreis-Altenplanes“
- Jährlicher Bericht des Landrates zur Situation der älteren Generation im Landkreis Bad Kreuznach, sowie des Armutsberichtes.

13. Stärkung des ländlichen Raums

Wir dürfen nicht zulassen, dass durch die Zentralisierung von Infrastrukturen der ländliche Raum entvölkert wird. Deshalb ist es für den Erhalt unserer Kultur und Lebensform von enormer Bedeutung unsere Dörfer in ihrer Lebendigkeit zu fördern und zu stärken. Wenn wir diesen Schatz nicht bewahren, wird unsere einzigartige Kultur in Vergessenheit geraten und wahrscheinlich in einigen Jahrzehnten für immer verschwinden.

Wir fordern daher:

- Alle Haushalte mit schnellem Internet zu versorgen und die Mobilfunknetze flächendeckend auszubauen, denn Digitalisierung ist heute ein entscheidender Faktor für die Standortwahl sowohl von Unternehmern als auch Privatpersonen
- Eine Wohnortnahe, hochwertige ärztliche Versorgung im ländlichen Raum und die Schließung von Versorgungslücken im ambulanten Bereich, weil die Zeit im Notfall über Leben und Tod entscheidet.
- Sanierungsprogramme für den Erhalt der Ortskerne.
- Anreize für bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Überall in den Dörfern kann man beobachten, dass die Neubaugebiete sprießen und die Dorfmitten Leerstände aufweisen. Die Mieten für Neubauten sind aber für immer mehr Menschen unbezahlbar. Hier könnte man Sanierungsanreize fördern, um günstigen Wohnraum zu schaffen und gleichzeitig den Leerständen der Ortskerne entgegenzuwirken. Die Landesregierung sollte auch darauf verzichten, das Wohnen für durch energetische Sanierungsprogramme und den weltfremden Vollzug von Bauordnung und Umweltrecht zu verteuern.
- Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement, z.B. in Feuerwehr und Vereinen, weil gemeinsames Erleben und Gestalten das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Gemeinde fördern.

14. Migration

Seit 2015 ist die Massenmigration, hauptsächlich muslimischer junger Männer, eine der größten Herausforderungen der letzten siebzig Jahre. Die Integration einiger weniger Menschen aus extrem fremden Kulturen kann eine Gesellschaft leicht bewältigen, weil dafür die finanziellen Mittel problemlos zur Verfügung gestellt werden können und der Integrationsdruck der Neubürger groß genug ist, um sich an die Kultur ihrer neuen Heimat anzupassen. Mit steigendem prozentuaalem Anteil an Menschen aus fremden Kulturen entfällt jedoch die Notwendigkeit der Anpassung mehr und mehr, weil sie (und das ist ein ganz normaler Prozess) durch die Entstehung von Parallelgesellschaften nicht mehr auf die Integration in die gewünschte neue Heimat angewiesen sind. Die mittlerweile drastische Veränderungen in Richtung Islamisierung hat auch der Kreisverband Bad Kreuznach in den letzten Jahren feststellen müssen. Da der Anteil muslimischer Bürger in Bad Kreuznach jährlich steigt, verändern sich auch die Spielregeln im menschlichen Miteinander.

So wird zum Beispiel:

- An immer mehr Schulen kein Schweinefleisch mehr angeboten.
- Während des Ramadans mehr und mehr Schulfeste in die späten Abendstunden verlegt und die Forderung, dass Muslime während des Ramadans keine Klassenarbeiten mehr schreiben müssen, steht auch schon im Raum.
- Die Forderungen nach islamischem Religionsunterricht und islamischen Feiertagen werden immer lauter.
- Viele Frauen wagen sich nachts kaum noch alleine auf die Straße.
- In Pflegeheimen wird das Personal mittlerweile auf kultursensible Pflege der Bewohner geschult
- Wir, die AfD, setzen uns für den Erhalt unserer hochentwickelten Kultur ein und stehen für die Bewahrung von Heimat und Tradition, damit unsere Kinder in Sicherheit, Freiheit und Frieden leben können und auch der lange Kampf für die Gleichberechtigung von Frauen und Homosexuellen nicht vergebens war.
-

15. Asyl und Ausländer

Die Kosten explodieren, die Kommunen werden völlig überfordert.

Wir fordern für unsere Sicherheit und eine geringere Haushaltsbelastung:

- Medizinische Alterskontrollen bei nicht nachgewiesener Minderjährigkeit von Flüchtlingen grundsätzlich durchzuführen, um einerseits die Kommunen vor ungerechtfertigten Mehrausgaben zu schützen und andererseits der Justiz bei Straftaten Scheinminderjähriger ein gerechtes Urteil zu ermöglichen
- die Einrichtung landesweiter Abschiebeeinrichtungen

- Flächendeckend Fingerabdrücke, auch rückwirkend für bereits anerkannte Flüchtlinge, um Betrugsfälle lückenlos aufzuklären und Straftäter schneller überführen zu können
- EU-weite Vernetzung der Fingerabdrücke, um auch länderübergreifend Sozialbetrug in Form von Mehrfachidentitäten aufdecken zu können
- Konsequente Rückführung nicht bleibeberechtigter Asylbewerber, um somit die Haushaltsbelastung der Kommunen zu reduzieren
- Gleiches Recht für Alle bei Straftaten und keine kultursensiblen Urteile
- Sofortige Abschiebung von ausländischen schweren Gewalttätern, auch während eines laufenden Asylverfahrens. Wer den Bürgern des Gastlandes Gewalt antut, sollte keine Möglichkeit mehr erhalten, die Bevölkerung weiterhin zu gefährden und mit Kosten zu belasten. Außerdem sollte jeder abgeschobene Gewalttäter ein Wiedereinreiseverbot erhalten.
- Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft, denn ein Mitbestimmungsrecht in unserem Land sollte nur Menschen verliehen werden, die sich voll und ganz mit unserer Gesellschaft und unserem Grundgesetz identifizieren können

16. Bürgerrechte

Die AfD kämpft schon seit ihrer Gründung für mehr direkte Demokratie.

Gerade im kommunalen Bereich kann man die Bürger leicht an Entscheidungen teilhaben lassen.

Oft spiegelt der Gemeinderat leider nicht den Willen der Einwohner wider, sondern hauptsächlich die Eigeninteressen der Gemeinderatsmitglieder.

Wir fordern daher:

- Transparenz für die Bürger, damit sie Informationen über Veränderungen in ihrer Gemeinde einsehen können
- Mehr Mitbestimmung der Bürger bei Entscheidungen auf kommunaler Ebene
- Bauleitpläne für Bürgerentscheide öffnen
- Mehr Rücksicht auf die Interessen und Wünsche der Bürger in der Landesentwicklungsplanung (Landesentwicklungsprogramm)